

Beitrag, NDR1 Niedersachsen, gesendet am 12.3.2015

Ein Mega-Bauprojekt im Landkreis Harburg sorgt seit Jahren für Ärger: Gegen die geplante Autobahn-Raststätte in Seevetal-Meckelfeld, direkt an der Hamburger Stadtgrenze, haben 6400 Menschen Einwendungen erhoben. Das ist für die Niedersächsische Straßenbaubehörde, die sie bearbeiten muss, eine enorm hohe Zahl. Der sogenannte Erörterungstermin schiebt sich deshalb immer weiter nach hinten - voraussichtlich in die zweite Jahreshälfte. Parallel schaltet sich aber auch verstärkt die Politik ein: So hat jetzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Grosse-Brömer aus dem Kreis Harburg an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geschrieben. Er fordert, es müsse auch noch einmal Hamburg als Standort geprüft werden. Es werde ja Ersatz für die Raststätte Stillhorn gesucht – eine Hamburger Anlage. Konkret nennt Grosse-Brömer eine Fläche an der Abfahrt Harburg – die hatte Hamburg immer für Tabu erklärt - als wichtige Grünfläche. Jetzt aber will die Hansestadt dort Logistik-Firmen ansiedeln. Warum nicht stattdessen eine Raststätte, fragt Grosse-Brömer. Weil Logistik mehr Gewerbesteuer bringt. Das vermutet jedenfalls die Gemeinde Seevetal, die die Raststätte auch nicht will. Bürgermeisterin Martina Oertzen betont, Seevetal habe jetzt schon zuviel Verkehr und auch viele LKW-Stellplätze. Sie sagt: "Wir übernehmen hier einen Großteil. Das sehe ich nicht bei der Hansestadt Hamburg."

Oertzen begrüßt den Vorstoß des Bundestagsabgeordneten. Zudem setzt sie Hoffnung in Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies. Der kommt Mitte Mai nach Seevetal - auch, um sich über das Raststätten-Problem zu informieren. Martina Oertzen: "Ich weiß, dass Herr Lies auch bemüht ist, zu untersuchen, wo Alternativ-Standorte sind. Das möchte ich gerne mit ihm in einem persönlichen Gespräch klären."

Dabei ist allen klar: Politiker greifen nicht in das laufende Planfeststellungsverfahren ein. Trotzdem haben sie Einfluss, meint Günter Schwarz von der Bürgerinitiative gegen die Raststätte:

"Ich denke, eher, dass am Ende des Verfahrens die Chance besteht, dass die Politik die Notbremse zieht, weil sie einsieht, dass die Entscheidung dieses ganzen Prozesses falsch war und dass man neu überlegen muss, ob es sinnvollere Varianten gibt, um zu gleichen Ergebnissen zu kommen."

Falls für die Raststätte aber letztlich doch die Baugenehmigung erteilt wird, bleibt noch der Rechtsweg. Die Gemeinde Seevetal hat schon angekündigt, dass sie dann klagen will.